

er selbst nur als Gesinde beurtheilt werden kann, und derselbe, weil er für andere Personen, als für seinen Dienstherrn zu arbeiten nicht berechtigt ist, der Zahl der in der Landgemeinde resp. mit obrigkeitlicher Erlaubniß und Concession der Regierungsbehörde wohnhaften Handwerker nicht angerechnet werden darf. — Wenn ferner:

c) die jenseitige Deputation (nach Seite 62 der Landtags-Acten Beil. zur dritten Abth.) ihr Gutachten auf die Zulänglichkeit der in der 8. §. der Gesetzbildung benannten Handwerker für eine Landgemeinde unter vorausgesetzter Genehmigung ihres Antrags, gerichtet hat, daß ihnen gestattet werde, das Arbeitsgebiet ihrer Profession auch auf andere, dieser verwandte Handwerke ausdehnen zu dürfen, und zu diesem Behuf von ihr Seite 66 die Einschaltung einer bezüglichen (§. 12) Paragrafhe folgenden Inhalts vorgeschlagen worden ist:

„die Handwerker auf dem Lande sollen, wenn sie das Arbeitsgebiet ihrer Profession auf andere, dieser verwandte Handwerke, erstrecken wollen, darin nicht beschränkt sein.“ auch dessen Aufnahme in das Gesetz, Seite 179 der Landtags-Acten III. Abth. I. Band, den Beifall der Majorität der Kammer erlangt hat, so kann sich die Deputation nur gegen die Annahme einer so weit greifenden und unbestimmten Disposition erklären, weil hierdurch einem unbeschränkten Uebergreifen der Landhandwerker in die Gerechtsame fremder Innungen Thor und Thür geöffnet und selbst bei dem ungewissen Begriff der „verwandten Gewerbe,“

zu mannichfachen Irrungen Anlaß gegeben werden würde. Man hält es vielmehr für angemessener, es bei dem dermaligen Sachstande bewenden zu lassen, nach welchem unter gewissen Umständen Dorfhandwerkern die Bearbeitung eines, ihrem Metier eigentlich nicht zuständigen Gegenstandes nachgelassen worden, ohne daß dieserhalb von der Regierung eingegriffen oder von einer theilhaftigen Innung Beschwerde erhoben worden wäre.

Die Deputation schlägt daher der geehrten Kammer vor, die Voraussetzung, daß es in dieser Beziehung bei dem zeitherigen Verfahren bewenden möge, in der ständischen Schrift auszusprechen.

Secretair v. Biedermann: Ich muß mich für die Annahme der Regierungsvorlage, ohne den von der Deputation beantragten Zusatz erklären. Dieser Zusatz scheint mir durchaus überflüssig. Denn gleich im Anfange der §. steht: „In jeder Landgemeinde etc.“ Die Erlaubniß bezieht sich also bloß auf die Gemeinde. Wenn aber Grundstücke vorhanden sind, welche nicht zur Gemeinde gehören, so versteht es sich von selbst, daß die §. darauf keinen Bezug hat. Es ist wohl um so besser, etwas Ueberflüssiges wegzulassen, da dadurch eine der Abweichungen von den Beschlüssen der zweiten Kammer wegfiel. Ueberhaupt wäre es gut, wenn die Differenzpunkte so viel als möglich vermindert würden, es werden deren noch genug übrig bleiben.

Vizepräsident v. Carlowitz: Ich wollte mir erlauben, zu sprechen über den Vorschlag der zweiten Kammer, daß die Gewerbebesitzer auf dem Lande ihr Arbeitsgebiet auf andere Gewerbebranchen ausdehnen dürfen. Da aber zur Zeit noch nicht hierüber gesprochen werden soll, so behalte ich mir das Wort vor, und will nicht die Berathung verwickelt machen.

Secretair Bürgermeister Ritterstädt: Ich müßte mich hier gegen den Vorschlag der Deputation erklären, die Worte in Wegfall zu bringen, welche bei der zweiten Kammer beschloffen worden sind: „In so weit nicht ein Verbotungsrecht nach §. 2 des Gesetzes entgegensteht.“ Die Deputation hat zwar gemeint, daß, da bei §. 8 bloß von der facultativen Niederlassung eines solchen Handwerkers die Rede sei, diese Bestimmung einem besondern Verbotungsrechte, welches nach §. 2 wohl bestehen könnte, keinen Abbruch zu thun vermöge. Nehme ich das aber auch an, so scheint es doch immer, als ob in diesen beiden Bestimmungen eine Dunkelheit, ein gewisser Widerspruch gefunden werden könnte, und zur Deutlichkeit scheint es mir allerdings beizutragen, wenn jener Zusatz in die §. gebracht wird. Es wird das freilich als ein besonderer Antrag betrachtet werden müssen.

Graf Hohenthal (Püchau): Ich weiß nicht, ob der Herr Secretair v. Biedermann sich auch dagegen erklärt hat, daß die Worte: „einschließlich der §. 20 der Landgemeindegliederung genannten Grundstücke“ in Wegfall kommen sollen?

Secretair v. Biedermann: Das war allerdings meine Meinung.

Graf Hohenthal (Püchau): Die Deputation hat gerade diese Worte hinzufügen zu müssen geglaubt, um alle Zweifel zu beseitigen, weil hier ein doppelter Fall gedacht werden kann. Nämlich es können Pertinenzen bei einem Rittergute sein, die zu dem Verlande der Landgemeindegliederungen gehören und auf welchen ein Handwerker vermöge eines gewissen Realrechts sein Handwerk betreibt, wie es mit der Schmiede- und Bäckergerichtigkeit der Fall sein kann. Auf der andern Seite kann aber der Fall auch vorkommen, daß ein Rittergutsbesitzer sich einen Schmied oder Bäcker ganz besonders nur für seinen Bedarf hält, diese Fälle nun müßten getrennt und näher bezeichnet werden. Daher ist dieser Zusatz aufgenommen worden, um alle Dunkelheit zu vermeiden. Denn im erstern Falle würde ein Handwerker, der auf einem zum Rittergute gehörigen Grundstücke wohnt und sein Handwerk ausübt, nach §. 8 in die Zahl der Handwerker eingerechnet werden müssen. Einer, der aber für den Rittergutsbesitzer allein arbeitet und in dessen Dienst steht, kann nicht in diese Zahl mit eingerechnet werden.

Referent Bürgermeister Starke: Ich sollte auch glauben, daß der Hr. Antragsteller mit der von der Deputation ausgesprochenen Ansicht sich befreunden könnte, weil die Deputation nur davon ausgegangen ist, die Rechte der Rittergutsbesitzer hierbei zu bewahren.

Graf Hohenthal (Püchau): Es ist zum Vortheil der Gemeinden aufgenommen worden. Denn wenn man es nicht genau bezeichnete, so könnte man annehmen, daß die, welche für die Rittergutsbesitzer arbeiten, mit in der Zahl begriffen wären, was aber nicht der Fall sein soll.

Prinz Johann: Ich glaube, was den zweiten Punkt